

Mehr Fehler bitte!

SP «Wer nichts macht, macht auch keine Fehler?»

In der Politik und im Leben ist es wichtig eine Meinung zu haben. Man soll sich entscheiden, auch auf das Risiko hin, dass es im Nachhinein eine bessere Lösung geben kann.

Von Jeannette Simeon-Dubach

Leider ist das gerade in der Politik immer schwieriger geworden. Jeder Fehler wird angeprangert, es wird gnadenlos mit dem Finger gezeigt. Man empört sich über jede kleine Fahrlässigkeit. Die Bereitschaft jeden Fehler zu verurteilen, ist gross. Fast ein Null-Fehler-Terror. Da frage ich mich manchmal schon, was sich die Ankläger erlauben? Vom jeweiligen Ton ganz zu schweigen (das wäre auch ein Thema). Was gibt ihnen das Recht zu urteilen? Womit begründen sie ihre Moralansprüche? Sind sie absolut fehlerfrei? Oder gilt hier vielleicht etwa: Wer nichts macht, macht auch keine Fehler? Fehler lassen sich prinzi-



Bild: z.V.g.
Jeannette Simeon-Dubach, SP-Präsidentin Walchwil

piell nicht vermeiden und das hier soll auch kein Freibrief für hirn- und herzloses Handeln werden. Aber diesen Eifer, alles zu beurteilen und zu (ab-)werten, ist unwürdig. Unter anderem ist dies sicher auch ein

Grund für die politische Abstinenz. Jede Partei weiss, wie schwierig es ist, zuverlässige und kompetente Personen für eine politische Kommission oder ein Amt zu begeistern. Und wenn wir unsere erfolgreiche Demokratie weiterhin leben wollen, brauchen wir die offene und faire Diskussion mit den verschiedensten Personen. Wir dürfen unser Zusammenleben nicht einigen wenigen Personen überlassen. Irren ist menschlich und bekanntlich wird man aus Fehlern klug. Nur wer Verschiedenes ausprobiert und ab und zu auch einen Misserfolg einfährt, kann sich weiter entwickeln. Wer Verantwortung übernimmt, soll Fehler machen können und sich so verbessern. Wir brauchen Personen, die sich etwas trauen. Und wir brauchen Personen, die Fehler verzeihen können. In diesem Sinne: Fehler sind zulässig, sonst verbauen wir uns die Chancen zum Lernen und zur Veränderung.

Ja zum Integrationsgesetz

ALG Gute Rahmenbedingungen fördern die Integration

Alternative die Grünen: Befürworter und Gegner wollen das Gleiche: weniger Steuergelder für Integrationsmassnahmen. Die SVP sieht dies mit einem Nein - damit ist sie auf dem Holzweg.

Von Anna Lustenberger-Seitz

Das wissen heute alle: Je früher man Massnahmen ergreift, desto effizienter kommt man zum Ziel. Genau das will das Integrationsgesetz. Es gilt die Potenziale der ausländischen Bevölkerung zu nutzen, im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenleben. Es darf nicht sein, dass Fähigkeiten dieser Menschen, die hier nötig wären, brach liegen. Darum ist es wichtig, dass die Menschen so schnell als möglich über die Erwartungen an sie, über ihre Rechte und Pflichten informiert werden. Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr: Dieses Sprichwort sollte auch der SVP bekannt sein, darin steckt viel Wahrheit. Es ist wichtig,



Bild: ZW-Archiv
Anna Lustenberger-Seitz, Kantonsrätin, Präsidentin ALG, Baar,

dass anderssprachige Kinder noch vor dem Kindergarten mit unserer Sprache vertraut werden. Oftmals können Defizite nicht aufgeholt werden. Sie führen zu teuren The-

rapien zu Lasten der Steuerzahler. Viele Spielgruppenleiterinnen bilden sich an Kursen weiter und fördern die Kinder gezielt in unserer Sprache. Einige Gemeinden arbeiten bereits mit Spielgruppen zusammen. Es sind Erfolgsmodelle, die in allen Gemeinden Einzug halten sollten. Dafür braucht es dieses Gesetz. **Zusammenarbeit fördern:** Ich bin für Effizienz und gegen Bürokratie. Mit dem Integrationsgesetz wird dies möglich. Die vielen Gruppierungen, die heute im Bereich der Integration tätig sind, sollen besser übereinander informiert werden und zusammenarbeiten. Damit können Doppelspurigkeiten vermieden werden, man kommt schneller und unbürokratischer ans Ziel. Das Gesetz schafft Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration. Es verhilft den zugezogenen Menschen schneller zu Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. Darum braucht es ein Ja zum Integrationsgesetz.

Morgenbrunch der SVP

MENZINGEN Über 100 Personen strömten auf den Elsener-Hof

Der Morgenbrunch, der SVP Menzingen, der heuer am 15. August (Maria Himmelfahrt) zur Austragung gelangte, wurde im Klosterdorf bereits zur Tradition.

PD - Der Morgenbrunch der SVP Menzingen fand auch in diesem Jahr auf dem Bauernhof von Familie Sarah und Niklaus Elsener statt. Der junge und dynamische Präsident der SVP Menzingen durfte einmal mehr über 100 begeisterte Personen begrüßen. Während die Erwachsenen das politische Gespräch pflegten, vergnügten sich die Kleineren in der grossen «Gumpi-Burg» oder liessen einen Ballon steigen. Auch in diesem Jahr stand den Gästen ein reichhaltiges Buffet zur Ver-



Bild: z.V.g.
V.l.n.r.: Thomas Aeschi, Stephan Schleiss, Gregor Rutz und Beni Riedi

fügung. Der diesjährige Gastredner Herr Nationalrat Gregor Rutz, konnte mit einer kurzen aber prä-

gnanten Ansprache die Teilnehmer begeistern. Er wies darauf hin, wie wichtig es ist, die Unabhängigkeit und direkte Demokratie der Schweiz zu verteidigen. Der schweizerische Wohlstand basiere in erster Linie darauf, dass die Bürger viel zu sagen haben – und nicht die Behörden. Rutz rief die Anwesenden auf, aktiv an den Volksabstimmungen teilzunehmen und am 22. September für die Stärkung der Armee und für den Abbau von Bürokratie zu stimmen. Wer gegen Mittag noch Hunger hatte, konnte vom Grill eine feine Grillwurst geniessen. Der Brunch wurde beim gemütlichen Zusammensitzen mit Kaffee und Kuchen sowie diversen Diskussionen gegen Abend beendet.

«Integrationsgesetz»

Staatlich verordnete Integrationskurse, obligatorischer Besuch von Spielgruppen für Kinder oder gar zwingende Teilnahmen an Erziehungskursen für Eltern schränkt die in der Schweiz vielgelobte Freiheit der Bürger unnötig ein, bergen zusätzliches Konfliktpotenzial und sind daher abzulehnen. Mit dem neuen Integrationsgesetz wird der Staatsapparat unnötig weiter ausgebaut mit

zusätzlichen Kosten im sechsstelligen Bereich. Die beste Integrationsmöglichkeit wird bereits heute allen Personen angeboten. Es ist das Erlernen der Landessprache. Dazu braucht es kein weiteres Integrationsgesetz sondern einzig und alleine den Willen sowie das persönliche Engagement des Zugewanderten. Daher sage ich am 22. September 2013 Nein zum Integrationsgesetz. *Jürg Messmer, Zug*

Keine Selbstaufgabe unseres Landes!

Mit dem Slogan «Nicht alle haben Zeit Krieg zu spielen!» führt die GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) ihre Abstimmungskampagne zur Aufhebung der Wehrpflicht. Offenbar haben sie den Auftrag unserer Armee nicht verstanden. Sie haben vor allem auch nicht über die Landesgrenzen geschaut. Entwicklungen im Ausland zeigen nämlich etwas deutlich genug: Wer seine Geschichte, wer seine Wur-

zeln aufgibt, gibt letztlich sich selbst auf. Und: Wo der Staat zerfällt, entsteht nicht etwa Freiheit, sondern herrschen schliesslich Anarchie und Gewalt. Auch dafür gibt es genug Beispiele. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist eindeutig ein Schritt in Richtung Auflösung unserer Armee, ein Schritt in Richtung Selbstaufgabe. Deshalb stimme ich aus Überzeugung Nein!

Joachim Eder, Unterägeri

Integration fängt beim Einzelnen an!

Das Bundesgesetz über Ausländer (AuG) verlangt von den Kantonen und Gemeinden integrationsfördernde Massnahmen. Der Kanton Zug bietet Interessierten bereits heute Anlaufstellen und eine Fülle an Programmen und Möglichkeiten. Angebote die aber nur dann zum Ziel führen, wenn auch von Seiten der Migranten der entsprechende Wille vorhanden ist. Das zur Abstimmung vorliegende kantonale Integrationsgesetz verpflichtet aber nur Gemeinden und Kanton zu weiterführenden, kostspieligen Aktivitäten und Mass-

nahmen. An die Migrationsbevölkerung werden im Rahmen dieses Gesetzes aber keinerlei verpflichtende Bedingungen gestellt. Ein Papiertiger, der zusätzliche Stellen in der Betreuungswirtschaft generiert. Diese wiederum wird weitere kreative Programme entwickeln und somit den Finanzhaushalt von Gemeinden und Kanton in die Höhe treiben. Daher am 22.9. ein klares Nein zum kantonalen Integrationsgesetz. Nein zu immer mehr Staat und immer weniger Eigenverantwortung.

Rolf Ineichen, Cham

Sie liegen falsch Herr Schumpf

Die staatsgefährdende Unsicherheits-Initiative der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) führt sehr wohl, entgegen was Herr Schumpf behauptet, eben doch zur ratenweise Abschaffung der Armee. Die effektive heischenden, angeblichen 3 Milliarden an volkswirtschaftlichen Kosten, sollten zum Nachdenken animieren. Aber eben richtig, unter Berücksichtigung der ehrlichen Argumente und wahren Tatsachen. Die Armee ist als letzte Sicherheitsreserve unseres Staates Garant für die Sicherheit unserer Bevölkerung und auch unse-

rer Volkswirtschaft. Denn ohne Sicherheit kein Wohlstand. Warum ist die Schweiz für in- und ausländische Firmen so attraktiv? Nicht nur der Steuervorteil, die geografische Lage unseres Landes und viele andere Vorzüge spielen eine Rolle. Ein ganz gewichtiges Argument ist stets die Sicherheit, die in unserem Land herrscht. Tragen wir dem Sorge, legen sie als verantwortungsbewusster Schweizer Bürger ein Nein am 22.9. in die Urne ein und sagen damit Nein zur Unsicherheit.

Daniel Gruber, Zug

Da stimmt was nicht!

Wer die Titelseite des Abstimmungsbüchleins «Sitzzuteilung für den Kantonsrat» für die Abstimmung am 22. September anschaut, merkt sofort: Das stimmt etwas nicht! Nur der Regierungsrat empfiehlt ein Ja, vom Kantonsrat der das Geschäft auch behandelt hat, gibt es keine Empfehlung. Der Kantonsrat wollte eine Variantenabstimmung, welche nun nach dem neuesten Bundesgerichtsurteil nicht möglich ist. Das Bundesgericht hält in seinem Urteil fest. «Es ist Sache des Kantons Zug, das weitere Vorgehen zu bestimmen.» Über die neue Sitzzuteilung nach der Methode doppelter Pukelsheim hat der Kantonsrat nie abschliessend abgestimmt, der Regierungsrat bringt es trotzdem zur Abstimmung. Das ist fragwürdig und wird vermutlich

noch ziemlich viel Juristenfutter geben. Störend im ganzen Prozess ist für mich ist, dass Zuger Wählerinnen und Wähler ihr eigenes Wahlsystem nicht mehr selber bestimmen können. Darum «hätte» vermutlich der Kantonsrat auch nein zum nun vorgeschlagenen Wahlsystem gesagt. Das wird im ganzen Abstimmungsbüchlein natürlich nicht erwähnt. Mit einem Nein zum vom Regierungsrat vorgeschlagenen Sitzzuteilungssystem mit der Methode «doppelter Pukelsheim» können Zugerinnen und Zuger dokumentieren, dass der Regierungsrat die im März eingereichte Standesinitiative zur Wiederherstellung der Souveränität der Kantone bei Wahlfragen endlich an die Hand nimmt.

Eugen Meienberg, Steinhausen